In Pankow bricht der Kinderschutz zusammen – bald auch in ganz Berlin?

Berlin – Das Jugendamt des Bezirks Pankow ist völlig überlastet und kann Kinderschutz selbst im akuten Gefahrenfall nicht mehr gewährleisten. Das hat jetzt eine Mitarbeiterin der Behörde dem Tagesspiegel geschildert.

Danach müsste das Personal fast verdoppelt werden, damit wenigstens die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben bewältigt werden können. Besonders der Zustrom von Flüchtlingen binde enorm viele Ressourcen. Das beginne bei Verständigungsproblemen und ende bei kulturellen Unterschieden. So schreibt die namentlich nicht genannte Mitarbeiterin: „Schon die Notwendigkeit von Schulbesuchen erschließt sich vielen ausländischen Familien nicht.“ Dagegen sei die Auffassung, dass Kinder gezüchtigt werden dürften, weit verbreitet. Die Frau weiter: „Im Grunde machen wir uns täglich strafbar.“

Der Kinderschutz werde nicht nur in Pankow vernachlässigt, sondern in ganz Berlin. Wenn Kinderschutzmeldungen in der Behörde eingingen, dauere es Tage oder sogar Wochen, bis dem Hinweis direkt vor Ort nachgegangen werde. Dabei müsste man eigentlich direkt nach einer Meldung sofort jemanden losschicken, um das betroffene Kind zu schützen.

Bei Prozessen vor Familiengerichten erscheinen Vertreter des Jugendamtes trotz bestehender Anwesenheitspflicht kaum noch. Auch Hausbesuche bei Problemfamilien seien eine Seltenheit.

„Berlin brennt“. Feuerwehrleute mit Mahnwache vor dem Roten Rathaus

Berlin – Die Gewerkschaft der Feuerwehr startet heute eine einwöchige Mahnwache vor dem Roten Rathaus. Grund ist die Überlastung der Einsatzkräfte, die am Rande ihrer Leistungsfähigkeit sind. Konkret: es würden zu viele Notrufe in der Leitstelle der Feuerwehr landen, wie die *Berliner Morgenpost* berichtet. Hinzu komme ein hoher Krankenstand durch die aktuelle Grippewelle und die dünne Personaldecke bei Zwölf-Stunden-Schichten.

Die Mahnwache unter dem Motto „Berlin brennt“ wird von der Gewerkschaft Verdi und von der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) Berlin-Brandenburg organisiert. Die Feuerwehrleute fordern u. a. eine Absenkung der Wochenarbeitszeit und die Auszahlung geleisteter Überstunden.

LKA überlastet: 55.290 Strafverfahren wurden 2017 nicht bearbeitet

Berlin – Die Berliner Strafverfolgung ist in einem beklagenswerten Zustand. Eine Anfrage des CDU-Abgeordneten

Peter Trapp brachte jetzt an die Öffentlichkeit, dass im vergangenen Jahr 55.290 Ermittlungsverfahren wegen Überlastung beim Landeskriminalamt (LKA) nicht bearbeitet werden konnten. Hinzu kommen noch 128.273 Liegevermerke, das sind Vermerke für die Fälle, die länger als einen Monat nicht bearbeitet worden sind. Für die Bevölkerung wichtig: Es handelt sich dabei um Fälle, die auch nicht in der polizeilichen Kriminalstatistik auftauchen.